

CITIZEN

ATOMKRAFT UND STROMLIBERALISIERUNG

Nein per Gesetz

woxx / Mouvement écologique

Die anstehende Reform des Gesetzes zum Strommarkt sei eine gute Gelegenheit, Atomstrom zu verbieten und erneuerbare Energien zu fördern, findet der Mouvement écologique.

Derzeit stehen in der Abgeordnetenkammer äußerst wichtige Gesetze und Reglemente im Bereich Energiepolitik zur Debatte. Neben einem Reglement zum Thema „Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen“, das der Mouvement Ecologique in den nächsten Wochen kommentieren wird, steht vor allem die Reform des Gesetzes zur Organisation des Strommarktes an (Gesetzesprojekt 6316 „modifiant la loi modifiée du 1er août 2007 relative à l'organisation du marché de l'électricité“).

Der Mouvement écologique ist der Überzeugung, dass die Regierung alles unternehmen soll, um anlässlich dieser Gesetzesreform deutliche energiepolitische Akzente zu setzen! Dies im Sinne einer nachhaltigen Energiepolitik sowie der im Koalitionsabkommen gemachten Versprechen betreffend die Atomkraft sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Verbot des Atomstromimportes

Die Luxemburger Regierung hat sich u.a. im Rahmen des Koalitionsvertrages sowie anlässlich der Debatten, die auf die verheerende Katastrophe in Fukushima erfolgten, mehrfach eindeutig gegen die Atomkraft ausgesprochen. Gerade im Rahmen der nun anstehenden Reform des Gesetzes betreffend den Strommarkt könnte sie diese Aussagen konkret in der Praxis verankern, in dem Sinne, dass Luxemburg - das selbst keine Atomkraft produziert - auch deren Import verbietet. Luxemburg könnte somit auch europaweit ein deutliches Signal setzen, um es in Sachen Atomkraft nicht bei theoretischen Absichtserklärungen zu belassen, sondern den Ausstieg aktiv voran zu treiben und Alternativen konsequent zu fördern.

In Österreich wird derzeit sehr intensiv über die Frage diskutiert, ob es einem EU-Mitgliedsstaat möglich ist, den Import von Atomstrom zu verbieten. Dabei ist Österreich in der gleichen Position wie Luxemburg, da innerhalb seiner Landesgrenzen kein Atomstrom produziert wird. In Österreich liegen diesbezüglich aussa-

gekräftigte juristische Gutachten vor - erstellt im Auftrag von Global 2000, Greenpeace sowie der Arbeiterkammer. Diese kommen eindeutig zur Schlussfolgerung, ein Land habe sehr wohl das Recht den Atomstromimport zu verbieten.

Dr. Michèle John hat eine Kurzex-pertise zu der Frage verfasst, ob ein gesetzliches Verbot von Atomstromimporten, unter der Annahme der grundsätzlichen Möglichkeit einer Kennzeichnung von Strom und völkerrechtlichen Regelungen rechtmäßig ist. Sie kommt zu der Schlussfolgerung, EU-Recht lasse dieses Atomstromimportverbot zu, da die Verhältnismäßigkeit im Sinne des Gesundheits- und Umweltschutzes gegeben sei; dies sei ebenfalls konform zum Euratom-Vertrag. Auch die Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie 2009/72/EG „führt nicht zu einer vollständigen Harmonisierung des Elektrizitätsmarktes. Vielmehr erlaubt Art. 3 Abs. 2. der Elektrizitätsbinnenmarkt-Richtlinie den Mitgliedsstaaten ausdrücklich, umweltschutzspezifische Vorgaben zu treffen“.

(...)

Prof. Dr. Werner Schröder (Leopold Franzens Universität Inns-



„Raus aus der Atomenergie!“ Wird die Regierungspartei LSAP, die auch den Energieminister stellt, ernst machen mit ihrem Slogan von der Demo am 26. April 2011?

bruck - Institut für Europarecht und Völkerrecht „Atomstromimporte: Möglichkeiten und Grenzen aus europarechtlicher Perspektive“) kommt in seinem Thesenpapier, das er im Auftrag der Arbeiterkammer Wien am 21.2.2012 präsentiert hat, ebenfalls zum Schluss: „Akzeptiert man als legitimes Schutzziel das in Art. 194 Abs. 2 UABs. 2 AEUV genannte Recht der Mitgliedstaaten über ihre eigene energiepolitische Grundausrichtung selbst zu entscheiden, so ist ein Importverbot für Atomstrom zur Verwirklichung dieses Ziels kohärent, geeignet und erforderlich.“

Eine deutliche juristische Analyse: Ein Importverbot von Atomstrom

ist absolut zulässig, vor allem für ein Land, in dem selbst kein Atomstrom produziert wird. Der Mouvement écologique erwartet vom Wirtschafts- und vom Nachhaltigkeits- aber auch vom Außenministerium, dass sie eine entsprechende Bestimmung im Rahmen der vorliegenden Gesetzesreform aufnehmen! Luxemburg sollte alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, dies auch im Interesse der Glaubwürdigkeit der Politik!

Mindestquoten für erneuerbare Energien

In der gleichen Konsequenz sollte Luxemburg alles unternehmen, um im Gesetz vorzuschreiben, dass in Luxemburg nur Strom mit einem Mindestanteil an erneuerbaren Energien verkauft werden darf. D.h. im Klartext: Jeder Stromlieferant und jeder Kunde ist gehalten, ein Mindestquorum - das festgelegt werden muss - an grünem Strom in seinem Strommix zu haben. Dies ist derzeit nicht der Fall! Gerade Industriekunden haben bisher nur wenig in „grünen“ Strom investiert, während (fast) alle Privatkunden mit „grünem“ Strom beliefert werden, auch wenn dieser, je nach Stromlieferant, eine jeweils unterschiedliche Zusammensetzung hat.

Auch diese Vorgabe müsste aus juristischer Sicht umsetzbar sein, geht es doch darum - wie ebenfalls im österreichischen Gutachten angeführt - eine Wahl zwischen verschiedenen Energieträgern zu treffen. Wenn denn der politische Wille vorhanden ist, steht einer entsprechenden Gesetzesvorschrift kaum etwas im Wege.

www.oeko.lu

Grünes Netz

(woxx) - Die am 22. März vorgestellte Stellungnahme des Mouvement zur Gesetzesreform im Strombereich beinhaltet weitere Aspekte. Insbesondere fordert die NGO, die erneuerbaren Energien konsequenter zu fördern: „Der vorliegende Gesetzesentwurf weist in diesem Zusammenhang erhebliche Mängel auf. Der Zugang zum Netz und die Auswirkungen auf die Netzgestaltung durch eine verstärkte dezentrale Energieproduktion sind nicht zufriedenstellend geregelt! Es gilt somit den Netzbetreibern neue diesbezügliche Auflagen zu machen, ansonsten riskiert der Ausbau auch am Zugang zum Netz zu scheitern resp. nicht im erwünschten Ausmaß erfolgen zu können.“

Beim Ausbau des Stromnetzes müsse nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die Möglichkeit dezentral produzierte Elektrizität aufzunehmen, berücksichtigt werden, so der Mouvement. Außerdem hätten die Debatten um die Sotel-Leitung (zwecks Anschluss der Elektrostahlwerke an das französische Atomstromnetz) einen seit langem geäußerten Kritikpunkt bestätigt: „die mittel- und langfristige Planung des Stromnetzes sowie die Entscheidungsprozeduren für den Bau neuer Leitungen müssen weitaus kohärenter und zwingender festgehalten werden, als dies derzeit der Fall ist. Hier herrscht eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die mit dem vorliegenden Entwurf nicht behoben wird. Vor allem müssen hierbei auch die Rechte von Gemeinden und BürgerInnen ausgebaut werden, so wie dies z.T. auch EU-Recht vorschreibt.“